



Soziale, demokratische und ökologische Politik

Linksfraktion hat Bilanz ihrer Arbeit in einem Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen vorgelegt

Eine Bilanzbroschüre anlässlich der einjährigen Regierungszeit von Rot-Rot-Grün in Thüringen hat jetzt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag herausgegeben. Der Titel lautet „Wir machen's gerecht – Ein Jahr #r2g“. Über das bisher Erreichte sowie die weiteren Aufgaben berichten die Arbeitskreise der Fraktion (einen Einblick dazu auf den Seiten 12 und 13 dieses Parlamentsreports). Im Serviceteil finden sich Informationen zur Fraktionsstruktur sowie Kontaktdaten der Abgeordneten – einschließlich ihrer Wahlkreisbüros – und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Vorwort der Broschüre heißt es: „Die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten Deutschlands und die Bildung der rot-rot-grünen (#r2g) Landesregierung war ein politischer Meilenstein. Unser Ziel: eine soziale, demokratische und ökologische Politik. Im ersten Jahr haben wir schon eine Reihe von Versprechen eingelöst – einige Beispiele: Mehr neue Lehrerinnen und Lehrer kommen an die Schulen, für Angestellte und ArbeiterInnen gib es mit dem Bildungsfreistellungsgesetz endlich zusätzliche Bildungsmöglichkeiten, etwa 1.000 Stellen für Langzeiterwerbslose haben wir geschaffen, Mitbestimmung wurde durch die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gestärkt, der Skandal-Verfassungsschutz wurde an die kurze Leine gelegt, die

Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete wurde beendet, weitere Aufklärung zum Rechtsterrorismus eingeleitet, der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum gesetzlichen Gedenktag gemacht, den Kommunen mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewiesen und sozialer Wohnungsbau gestärkt.

Am 14. September 2014 haben die Wählerinnen und Wähler DIE LINKE mit 28,2 Prozent der Stimmen wieder als zweitstärkste Kraft in den Landtag geschickt. 28 Abgeordnete streiten nun für die Interessen der Menschen in Thüringen. DIE LINKE ist in dieser Ko-

Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Auch 25 Jahre nach der Vereinigung braucht der Osten eine starke Stimme, die bundesweit Gehör findet. Mit Bodo Ramelow haben wir einen Ministerpräsidenten, der glaubwürdig für unsere Interessen und gegen Benachteiligungen streitet.“

Einleitend schreibt die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow: „#r2g fasst mit frischer Kraft an, was die CDU viel zu lange liegen gelassen hat. Wir schieben die dringend nötige Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform an. Wir prüfen, wie Thüringen endlich aus dem von der CDU-Regierung geschlossenen Knebelvertrag mit dem Bergbaukonzern K+S und der Treuhand herauskommt, um nicht weiter Jahr für Jahr Milliardensummen zahlen zu müssen. Und wir streiten dafür, dass Thüringen ein gerechtes Stück vom Kuchen der Gelder und Arbeitsplätze des MDR bekommt und nicht weiter mit Almosen abgespeist wird.“

Egal, ob in der Opposition im Parlament, vor Ort in der Kommune, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Verbänden auf der Straße oder nun in Verantwortung in der Landesregierung – unser Versprechen gilt: Wir machen's gerecht!“

Wir machen's gerecht!
Ein Jahr #r2g*

alition die starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit und gute Bildung – und zwar für alle Menschen! Wir stehen für einen ausgewogenen Ausgleich von Sozialem und Ökologie, für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen Neonazismus sowie für eine friedliche Politik – wichtiger denn je, wo Kriege wieder näher rücken. Und DIE LINKE ist auch die Stimme der

mit Almosen abgespeist wird. ■

AKTUELL

Die CDU „sitzt auf der Couch und nölt“

Wenn jetzt am 17. und 18. Dezember abschließend über den Landeshaushalt 2016/17 im Thüringer Landtag beraten wird, wird es keine Änderungsanträge der CDU-Oppositionsfraktion geben.

Für die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, eine „deutliche Bankrotterklärung“. Die CDU „sitzt auf der Couch und nölt“, sagte sie, nachdem Mike Mohring in der Landespressekonferenz vor der Landtagssitzung Rot-Rot-Grün scharf angegriffen hatte.

Der CDU-Fraktionschef hatte der Thüringer Koalition vorgeworfen, sie blähe den Haushalt unverantwortlich auf und mache das Land kaputt. Wörtlich sagte er, „die Landesregierung ruiniert, was die CDU aufge-

baut hat.“ Dies ließe sich mit Gegenanträgen der Opposition nicht reparieren, so die CDU-Begründung gegenüber der verblüfften Öffentlichkeit.

Der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, hatte erklärt: „Eine Opposition, die nur pauschal kritisiert, aber keinen einzigen konkreten Änderungsvorschlag unterbreitet, versagt in der Königsdisziplin des Parlamentarismus.“ Damit offenbare der Fraktionsvorsitzende der CDU eine „unfassbare konzeptions- und inhaltslose Ideologie und eine schwache, sehr schwache Opposition“. Die Totalverweigerung der Fraktion von Mike Mohring bei der Beratung des Landeshaushalts sei eine Zumutung für den Landtag in einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte gegenüber den Landesjournalisten betont, dass Rot-Rot-Grün im Doppelhaushalt deutliche Schwerpunkte setzt. Sie verwies auf die zusätzlichen Mittel für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge in Thüringen, auf die verstärkte Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, auf den Stellenabbaustopp bei der Polizei, auf die Tarifsteigerung für Beamte oder auf den sozialen Wohnungsbau. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf eine Reihe von Änderungsanträgen verständigt. So informierte der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft, über Nachbesserungen bei der Finanzierung des Thüringer Studentenwerks und den Haushaltsmitteln zur Sanierung von Mensen. ■

KOMMENTIERT:

von Steffen Harzer

Keine „Verspargelung“

Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die CDU-geführten Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) eine eigene Studie zur Windkraftnutzung in Thüringen in Auftrag geben. Die letzte Landesregierung hatte dazu bereits im Oktober 2013 die Döpel Landschaftsplanung aus Göttingen beauftragt. Die Studie wurde im Februar fertiggestellt und den Regionalen Planungsgemeinschaften am 22. April als Grundlage für die Teilpläne Wind übergeben, eine Ergänzung im November mit Gebieten in Thüringen, die von der ersten Studie nicht erfasst wurden. Generell sind der Stand der technischen Entwicklung und die aktuelle Rechtsprechung zu harten und weichen Standortfaktoren berücksichtigt worden, ebenfalls die möglichen Strommengen und die neuesten Entwicklungen beim Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG). So wurden die Gunsträume ergebnisoffen danach ermittelt, wo ein ausreichendes Windpotential ab 5,9 m/s in 140 Meter Nabenhöhe vorhanden ist. Die Begründung der RPG für die Studie geht daher fehl, wenn lediglich auf eine Nabenhöhe von 100 Meter verwiesen und argumentiert wird, dass damit den neuesten technischen Entwicklungen nicht Rechnung getragen wird.

Ich bin der Überzeugung, auch aus meiner Erfahrung als Bürgermeister von Hildburghausen, wo ich 18 Jahre in der RPG Südwestthüringen mitgearbeitet habe, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften Steuergelder in Höhe von 80.000 Euro verschwenden. Hintergrund dieser unsinnigen Beauftragung ist offenbar die ideologische CDU-Diskussion gegen die Windkraft in Thüringen. Infolge der gerichtlichen Aushandlung der Teilpläne Wind in Ost- und Mittelthüringen ist es aber nun notwendig, dass die betroffenen RPG und ihre Präsidenten (CDU-Mandatsträger) handeln, um eine „Verspargelung“ der Landschaft zu verhindern. Hier auf Zeit zu spielen, ist der falsche Weg, da mit laufenden Genehmigungsverfahren, entsprechend der Rechtslage, Windkraftanlagen auch außerhalb der vorgesehenen Vorranggebiete entstehen können. Die Firma Döpel Landschaftsplanung arbeitete bereits seit 1996 für die CDU-geführten Landesregierungen an der Potentialermittlung von Windenergie in Thüringen, warum gerade jetzt die CDU an der Fach- und Sachkompetenz der Firma zweifelt, kann sachlich nicht nachvollzogen werden. ■